

SAGEN SIE UNS IHRE MEINUNG!

Gibt es etwas, das Sie uns mitteilen möchten? Dann schreiben Sie uns, rufen Sie uns an oder kommen Sie in unsere Sprechstunde! Hier können Sie uns erreichen:

SPD-Fraktion in der BVV von Friedrichshain-Kreuzberg
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin, Raum 1048
Sprechstunden: Montag bis Donnerstag 15:30 bis 17 Uhr
Tel.: 030 90298 2451



Sebastian Forck, Fraktionsvorsitzender
E-Mail: sebastian.forck@spdfraktion-xhain.de
Tel.: 0160 901 838 57



Peggy Hochstätter, verkehrspolitische Sprecherin
E-Mail: peggy.hochstaetter@spdfraktion-xhain.de
Mobil: 0170 442 6644



Frank Vollmert, stellv. Fraktionsvorsitzender
E-Mail: frank.vollmert@spdfraktion-xhain.de
Mobil: 0163 3644 955

WEITERLESEN ...

... können Sie auf unserer Internetseite, auf der wir Sie mit aktuellen Berichten zu unserer Arbeit im Bezirksparlament auf dem Laufenden halten. Dort können Sie sich auch für den monatlich erscheinenden Newsletter der SPD-BVV-Fraktion anmelden.
spd-friedrichshain-kreuzberg.de/category/fraktion/

Impressum: SPD-Fraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg, ehem. Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin (Raum 1048). V.i.S.d.P.: Sebastian Forck. Redaktion: Carl-Friedrich Höck. Diese Veröffentlichung dient der Information über die Arbeit der SPD-BVV-Fraktion. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung eingesetzt werden.

BVV-Fraktion
Friedrichshain-Kreuzberg

SPD

FRAKTION
AKTUELL

Nachrichten aus der BVV / Ausgabe Friedrichshain, Dezember 2019

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG BALD MODELLBEZIRK FÜR TEMPO 30?



Das Bezirksamt soll für alle Straßen, für die es selbst verantwortlich ist, Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit ausweisen. Das fordert die SPD-Fraktion mit einem Antrag. Von der Regelung ausgenommen werden sollen diejenigen Straßen, für die bereits ein geringeres Tempolimit gilt.

Darüber hinaus soll der Bezirk mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Verhandlungen aufnehmen, damit auch auf allen übergeordneten Straßen eine Höchstgeschwindigkeit von maximal 30 km/h angeordnet wird, heißt es im Antrag weiter.

Vorteile von Tempo 30: Der Verkehr fließt in der Regel flüssiger und es werden weniger Schadstoffe ausgestoßen. Die Sicherheit von Zufußgehenden wird erhöht. Die Senatsverkehrsverwaltung hat Forderungen der BVV, auf besonders problematischen Straßen (wie etwa der Boxhagener) Tempo 30 einzuführen, in der Vergangenheit immer wieder als unbegründet zurückgewiesen. Nun stellt die SPD-Fraktion die Grundsatzfrage. „Geschwindigkeitsreduzierungen sind unabdingbarer Teil der Verkehrswende“, heißt es in der Antragsbegründung.

VORKAUFRECHT FÜR GENOSSENSCHAFT "DIESE EG" WIRFT FRAGEN AUF

Das bezirkliche Vorkaufsrecht für Häuser in Milieuschutzgebieten ist ein wichtiges Instrument, um Mieter*innen vor Immobilienspekulation und Verdrängung zu schützen. Wie Baustadtrat Florian Schmidt es handhabt, wirft allerdings Fragen auf. Schmidt hat das Vorkaufsrecht sechs Mal zugunsten der Genossenschaft Diese eG ausgeübt. Die Genossenschaft war eingesprungen, weil den landeseigenen Wohnungsunternehmen die aufgerufenen Preise zu teuer waren, um sie mit sozialverträglichen Mieten refinanzieren zu können.

Nur: Was passiert, wenn die Diese eG sich beim Kaufpreis übernimmt? Genau das ist nun offenbar geschehen. Der Tagesspiegel berichtet, dass der Verkäufer eines Hauses in der Rigaer Straße sechs Millionen Euro vom Bezirk fordert. Denn der müsse dafür haften, dass die Diese eG den Kaufpreis nicht bezahlt habe. Hintergrund: Schmidt will den Vorkaufsbescheid aufheben. Die Sanierungskosten seien höher als zunächst angenommen, lautet seine Begründung.

Dass der Bezirk in solchen Fällen womöglich Schadenersatz leisten muss, hat Florian Schmidt in der Vergangenheit bestritten: Das Bezirksamt sehe keinerlei Risiken, sollte die Genossenschaft ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Im Rahmen einer Großen Anfrage (eingebracht von der FDP-Gruppe) hat er diese Rechtsauffassung nun noch einmal bekräftigt.

„Wir sind in einer verzwickten Situation“, kommentierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Sebastian Forck den Vorgang. Es gebe unterschiedliche Rechtsauslegungen. „Ich fordere das Bezirksamt auf, mit der Bezirksaufsicht und dem Rechnungshof proaktiv nach vorne zu gehen und prüfen zu lassen: Was könnte passieren und welche Kosten könnten somit auf den Bezirk zukommen?“

Sollte der Bezirk am Ende tatsächlich für das Agieren des Baustadtrats haften müssen, könne der gerade beschlossene Haushalt nicht mehr umgesetzt werden. Personal einstellen, die Schulreinigung verbessern, Sanierungsprojekte vorantreiben – all diese Vorhaben lägen dann auf Eis. Deshalb müsse nun schnell Klarheit geschaffen werden, um die notwendigen Konsequenzen aus dem Handeln von Florian Schmidt ziehen zu können. Wer dem Bezirk einem solchen finanziellen Risiko aussetze, müsse sich auch selbst fragen, ob man der Richtige für den Job des Stadtrates ist.

Die Unsicherheit belaste vor allem die Menschen, die in den betroffenen Häusern wohnen, betonte Forck. „Die Leidtragenden sind die Mieterinnen und Mieter.“ Sie fürchten nicht nur, aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden. Viele von ihnen haben sich auch mit hohen Beträgen in die Genossenschaft eingekauft. Ein Wagnis, wie sich nun zeigt. „Wir müssen alles tun, um diesen Menschen wieder Sicherheit zurückzugeben“, sagte Forck – auch an Bezirksamt und Senat gerichtet. Wenn Menschen sich nach Versprechungen des Baustadtrates auf eine Reise machen, müssten sie sich darauf verlassen können, dass die Politik sie nicht im Regen stehen lässt. Immerhin: Wie die Morgenpost berichtet, ist die Diese eG vorerst gerettet. Das Land Berlin bezuschusst den Kauf mehrerer Häuser. Ausgenommen ist das besagte Haus in der Rigaer Straße.

WEITERE SPD-ANTRÄGE

Existenz der Sportvereine sichern – Das Bezirksamt soll dafür Sorge tragen, dass die Anzahl der gleichzeitig sanierungsbedingt geschlossenen Sporthallen so gering wie möglich gehalten wird. Bei den Sanierungsplanungen sollen sozialräumliche Aspekte berücksichtigt werden, sodass der Schul- und Vereinssport weiterhin sichergestellt werden kann. Auch soll das Bezirksamt gemeinsam mit den Nachbarbezirken prüfen, ob dort Sporthallen von Vereinen aus Friedrichshain-Kreuzberg mitgenutzt werden können. Derzeit sind mehrere Sporthallen geschlossen, da sie saniert werden müssen. Das verschärft den Mangel an Sportflächen im Bezirk, weshalb die betroffenen Sportvereine zunehmend in ihrer Existenz bedroht sind.

Barrierefreies Wegenetz – Die SPD-Fraktion fordert das Bezirksamt auf, ein erweiterbares Konzept zur Erstellung eines barrierefreien Wegenetzes zu erstellen. Lücken im Wegenetz für mobilitätseingeschränkte Menschen sollen damit systematisch geschlossen werden. Ein weiterer Antrag befasst sich mit dem barrierefreien Ausbau von Bus- und Tramhaltestellen. Auch hierfür soll das Bezirksamt ein Konzept vorlegen.

Eine Querungshilfe für die Wühlischstraße – Das Bezirksamt soll sich für eine Ampel oder einen Zebrastreifen an der Gryphiusstraße Ecke Wühlischstraße und/oder Sonntagsstraße Ecke Wühlischstraße einsetzen, damit Fußgänger*innen dort sicherer über die Straße kommen.

spd-friedrichshain-kreuzberg.de/2019/11/antraege-zur-bvv-sitzung-am-27-11-2019/